

Mauthausen Komitee Österreich

DIE FPÖ UND DER RECHTSEXTREMISMUS

Einzelfälle und Serientäter

Einzelfall 6

Die FPÖ Kärnten lehnt im Land...
zige Partei die P... ein-

Einzelfall 41

Der FPÖ-Kassier von Zams, Patrick...
Oberprant... auf Facebook...
ein Bild...
nes Hei...
nem Zit...
Joseph...
und Stu...

Einzelfall 91

Es wird öffentlich bekannt, dass Jürgen-
Michael Kleppich, FPÖ-Bezirksrat in
Wien-Leopoldstadt und Attaché an der
österreichischen Botschaft in Israel, auf
Facebook ein Bild seines Großvaters in
NS-Uniform samt Hakenkreuz und ein Bild
von sich selbst in einem T-Shirt der rechts-
extremen „Identitären“ verbreitet hat. Nach
massiven Protesten beruft das Außenminis-
terium Kleppich nach Österreich zurück.

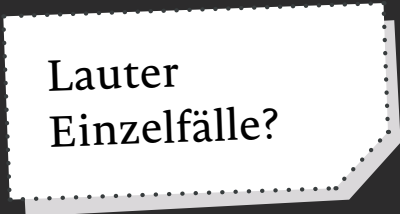


Vor der Nationalratswahl im Oktober 2017 hat das Mauthausen Komitee Österreich für einen Zeitraum von rund viereinhalb Jahren insgesamt 68 rechtsextreme Aktivitäten von FPÖ-Politikern dargestellt. Die Dokumentation „Lauter Einzelfälle?“ fand ein enormes Medienecho und führte zu einer breiten Debatte. Die Bezeichnung „Einzelfälle“ für die dauernden demokratiefeindlichen Umtriebe der FPÖ ist seither allgemein gebräuchlich. (Ab Seite 15 werden die 68 rechtsextremen Aktivitäten nochmals wiedergegeben.)

Die FPÖ-Spitze reagierte nicht etwa betroffen, sondern scharf ablehnend. Ihr Versuch, die Glaubwürdigkeit des Mauthausen Komitees zu erschüttern, scheiterte aber blamabel. Als der oberösterreichische FPÖ-Nationalratsabgeordnete Gerhard Deimek die Dokumentation auf Twitter als „Fake und gelogen“ verunglimpfte, ging das Mauthausen Komitee rechtlich dagegen vor. Deimek konnte keinen einzigen konkreten Punkt nennen, in dem die Dokumentation unrichtig gewesen wäre. Er musste eine Unterlassungserklärung abgeben, auf Twitter einen Widerruf veröffentlichen und die gesamten Anwaltskosten des Mauthausen Komitees tragen.

Jetzt ist das Mauthausen Komitee den Einzelfällen seit der Nationalratswahl nachgegangen. Immerhin wurde die FPÖ im Dezember 2017 Regierungspartei. Nimmt sie ihre diesbezügliche Verantwortung wahr? Hat sie sich gemäßigt? Ist die Zahl der rechtsextremen Aktivitäten in ihren Reihen gesunken? Hat sich zumindest die Parteispitze vom Rechtsextremismus befreit? Und bekämpft sie wirklich den Antisemitismus?

Die neuen Einzelfälle, die in der vorliegenden Dokumentation knapp und übersichtlich dargestellt sind, geben auf diese Fragen eine klare Antwort – obwohl sicher nicht alle Einzelfälle des fraglichen Zeitraums erfasst wurden.



**Lauter
Einzelfälle?**

November 2017

Einzelfall 69

Die FPÖ Niederösterreich will ihren Tullner Bezirksparteiobmann Andreas Bors in den Bundesrat entsenden. Medien weisen darauf hin, dass im November 2014 ein Foto veröffentlicht wurde, das Bors und zwei andere Männer beim Hitlergruß zeigt (siehe Einzelfall 14). Bors verzichtet deshalb auf das Bundesratsmandat, spricht aber von einer „unhaltbaren Medienkampagne“.

Einzelfall 70

Der Spitzenkandidat der FPÖ Niederösterreich für die Landtagswahl, Udo Landbauer, verhöhnt ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner als „Moslem-Mama“. Grund: In den Landeskindergärten sollen laut Bildungsplan unterschiedliche Kulturen behandelt werden. Darin sieht Landbauer eine „Zwangsislamisierung“.

Einzelfall 71

Die Linzer FPÖ-Gemeinderatsfraktion führt gemeinsam mit dem Magazin „Info-Direkt“ eine Veranstaltung im Alten Rathaus durch. „Info-Direkt“ verbreitet rassistische, antisemitische und verschwörungstheoretische Inhalte. Es wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als „rechtsextrem mit neonazistischen Hintergründen“ eingestuft. Vor der Veranstaltung im Alten Rathaus hat die zuständige SPÖ-Stadträtin ein „Lesertreffen“ von „Info-Direkt“, das in einem städtischen Volkshaus geplant war, infolge breiter Proteste ausgedient.

Dezember 2017:

Einzelfall 72

Der „Standard“ berichtet, dass FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache und der steirische FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek im Dezember 2015 in persönlichem Kontakt mit dem Obmann der neonazistischen Splittergruppe „Partei des Volkes“, Thomas Kirschner, waren. Strache soll zu Kirschner gesagt haben: „Macht weiter so.“ Im Mai 2016 wurde Kirschner dann festgenommen, weil er eine Grazer Mosechee mit Schweineblut und einem Schweinekopf geschändet hatte. Zwei Wochen nach dem „Standard“-Bericht wird Heinz-Christian Strache Vizekanzler und Mario Kunasek Verteidigungsminister.

Einzelfall 73

Alexander Höferl wird Kommunikationschef im Kabinett des bisherigen FPÖ-Generalsekretärs und neuen Innenministers Herbert Kickl. Davor war Höferl Chefredakteur und Miteigentümer der FPÖ-nahen Website „zensuriert.at“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung hat „zensuriert.at“ als „zum Teil äußerst fremdenfeindlich“ eingestuft und der Website „antisemitische Tendenzen“ bescheinigt.

Einzelfall 74

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobermann Johann Gudenus fordert, dass Flüchtlinge nicht mehr individuell untergebracht werden, sondern in Massenquartieren am Stadtrand von Wien. Den Flüchtlingen müsse gezeigt werden, „dass es in Österreich doch nicht so gemütlich ist, wie alle glauben“, sagt Gudenus, der kurz darauf geschäftsführender FPÖ-Klubobmann im Nationalrat wird.

Einzelfall 75

FPÖ-Gemeinderat Bernhard Blochberger aus Krumbach verschickt als Facebook-Weihnachtsgruß das Titelblatt einer NS-Frauenzeitschrift aus dem Jahr 1943. Blochberger setzt seit Jahrzehnten rechtsextreme Aktivitäten. Unter anderem war er Mitglied der niederösterreichischen Landesleitung der „Nationaldemokratischen Partei“. Diese Partei wurde 1988 wegen NS-Wiederbetätigung behördlich aufgelöst.

Jänner 2018:

Einzelfall 76

FPÖ-Gemeinderat Markus Ripfl aus Orth an der Donau, zugleich Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Olympia“, soll in der Silvesternacht auf Youtube ein Lied der Neonazi-Band „Division Germania“ gelikt haben. Ripfl ist schon mehrfach durch rechtsextreme Aktivitäten aufgefallen (siehe die Einzelfälle 27 und 42). Er wird wegen „Gefahr in Verzug“ aus der FPÖ ausgeschlossen, obwohl er behauptet, eine unbekannt Person habe das Neonazi-Lied mit

seinem Passwort gelikt. Die FPÖ wolle nicht ständig schlechte Presse haben, betont Landespartei sekretär Christian Hafenecker.

Einzelfall 77

Der Welser FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl hat Erklärungsbedarf, als öffentlich bekannt wird, dass der frühere Magistratsmitarbeiter Peter See bei den Personalvertretungswahlen 2014 für die FPÖ-Liste AUF an dritter Stelle kandidiert hat und von 2013 bis Juli 2017 FPÖ-Mitglied war. See wurde im Dezember 2017 entlassen, weil ein Foto aufgetaucht war, das ihn mit einer Hakenkreuzfahne zeigt. Rabl hatte dazu erklärt, See sei kein FPÖ-Mitglied, und dessen Kandidatur sowie jahrelange Mitgliedschaft verschwiegen.

Einzelfall 78

FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek behauptet in einem Interview mit der „Kronenzeitung“, dass er in der Zeitschrift „Aula“ keinen Beitrag veröffentlicht habe, sondern nur eine seiner Presseaussendungen abgedruckt worden sei. Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ weist nach, dass diese Behauptung unwahr ist. Die „Aula“ verbreitet rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte. Sie zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD (siehe Einzelfall 65).

Einzelfall 79

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl erklärt, er wolle Flüchtlinge in Massenquartieren „konzentriert halten“. Diese Aussage wird als Anspielung auf die Konzentrationslager der Nationalsozialisten verstanden und sorgt für breite Kritik.

Einzelfall 80

Es wird öffentlich bekannt, dass Udo Landbauer, der Spitzenkandidat der FPÖ Niederösterreich für die Landtagswahl, im Jahr 2010 für den rechtsextremen Verein „Junge Patrioten“ um Spenden geworben hat. Weiters berichtet die Wiener Stadtzeitung „Falter“, dass das Liederbuch der Burschenschaft „Germania zu Wiener Neustadt“ antisemitische und den Holocaust verhöhnende Texte enthält. Obmann dieser Burschenschaft ist Landbauer. Die Bundesregierung leitet ein Verfahren zur Auflösung der Burschenschaft ein. Nach der Landtagswahl tritt Landbauer von seinen politischen Funktionen zurück und stellt seine Mitgliedschaft in der FPÖ ruhend. Eine Rückkehr schließt er aber nicht aus.

Februar 2018:

Einzelfall 81

Der „Standard“ berichtet, dass der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek der Burschenschaft „Germania zu Ried“ angehört, die im Jahr 2000 in einer Festschrift den Verbindungsbruder und SS-Massenmörder Friedrich Kranebitter gewürdigt hat. Außerdem hat Podgorschek mit Steuergeld ein halbseitiges Inserat im Magazin „Info-Direkt“ geschaltet. „Info-Direkt“ verbreitet ras-

sistische, antisemitische und verschwörungstheoretische Inhalte. Es wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als „rechtsextrem mit neonazistischen Hintergründen“ eingestuft.

Einzelfall 82

Martin Glier, Pressesprecher von FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, verwendet auf Twitter den NS-Begriff „Blutzeuge“. Nach Kritik daran beruft sich Glier auf das neonazistische Online-Lexikon „Metapedia“.

Einzelfall 83

Heinrich Sickl rückt trotz massiver Proteste für die FPÖ in den Grazer Gemeinderat nach. Sickl ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Aula“, die rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte verbreitet. Außerdem hat er an Demonstrationen der rechtsextremen „Identitären“ teilgenommen und ihnen Räumlichkeiten vermietet.

Einzelfall 84

Miriam Rydl, Vorstandsmitglied der FPÖ Tulln, beschimpft Flüchtlinge, die ihre Familien zurückgelassen haben, auf Facebook als „Untermenschen“. Gegenüber Medien erklärt Rydl, sie habe nicht gewusst, dass es sich dabei um einen NS-Begriff handelt. Die FPÖ-Politikerin ist weitaus Mitglied einer Facebook-Gruppe, in der Holocaust-Überlebende verhöhnt werden. Auch von diesen Inhalten will Rydl nichts gewusst haben: Sie sei der Gruppe wohl ungefragt hinzugefügt worden.

Einzelfall 85

Es wird öffentlich bekannt, dass Reinhard Rebhandl, Kandidat der FPÖ Salzburg für die Landtagswahl, seit Jahrzehnten der rechtsextremen Szene angehört. Schon 1984 war er „Jungkamerad“ in der „Nationaldemokratischen Partei“, die 1988 wegen NS-Wiederbetätigung behördlich aufgelöst wurde. Rebhandl ist Mitglied der Burschenschaft „Gothia Salzburg“, die an einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ teilgenommen hat. Als Obmann des ÖTB-Turnvereins Golling hat Rebhandl 2010 für die Zurschaustellung einer Turnfahne mit der Aufschrift „Rassereinheit“ gesorgt.

Einzelfall 86

Die Wiener Stadtzeitung „Falter“ berichtet, dass auch das Liederbuch der Burschenschaft „Bruna Sudetia“ antisemitische und den Holocaust verhöhnende Texte enthält. Der Obmann dieser rechtsextremen Burschenschaft, Herwig Götschober, ist FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt und Pressereferent im Kabinett des FPÖ-Verkehrsministers Norbert Hofer. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Liederbuchs und beschlagnahmt im Verbindungshaus der „Bruna Sudetia“ mehrere Kisten mit unbekanntem Material. Götschober erklärt, er lasse sich als Pressereferent bis zum Abschluss der Ermittlungen beurlauben. Schon nach drei Wochen setzt er aber seine Tätigkeit im Verkehrsministerium fort.

März 2018:

Einzelfall 87

Der Grazer FPÖ-Vizebürgermeister Mario Eustacchio spricht auf dem rechtsextremen Kongress „Verteidiger Europas“ in Aistersheim. Laut dem rechtsextremen Magazin „Info-Direkt“ kritisiert Eustacchio in seiner Rede die Menschenrechte. Medienberichte darüber lösen in Graz, das sich als Menschenrechtsstadt versteht, massive Proteste aus. Eustacchio behauptet, die Aussage über die Menschenrechte gar nicht getroffen zu haben.

Einzelfall 88

Der FPÖ-Bezirksparteiobmann von Imst, Wolfgang Neururer, wird angezeigt, weil er mit WhatsApp Bilder von Adolf Hitler an andere FPÖ-Mitglieder verschickt hat. Eines der Bilder trägt die Aufschrift „Adolf, bitte melde Dich! Deutschland braucht Dich!“. Neururer behauptet, er habe die Bilder zur „Warnung“ weitergeleitet. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt gegen ihn und gegen Brigitte Gröber, die geschäftsführende Stadtparteiobfrau der FPÖ Imst. Beide stellen ihre Funktionen und ihre FPÖ-Mitgliedschaft ruhend.

Einzelfall 89

Der frühere FPÖ-Landesparteiobmann von Oberösterreich, Lutz Weinzinger, sorgt für Aufregung: In einem Interview behauptet er, die Burschenschafter seien „von den Nazis verfolgt worden wie die Juden am Anfang“. Einen den Holocaust verhöhnenden Liedtext verteidigt Weinzinger als „ironisch gemeint“.

Sein Nachfolger Manfred Haimbuchner, der Weinzinger als „väterlichen Freund“ bezeichnet, lehnt eine Stellungnahme zu den Aussagen ab.

Einzelfall 90

Es wird öffentlich bekannt, dass Wolfgang Preiszler, FPÖ-Gemeinderat in Guntramsdorf und hochrangiger Polizeibeamter in Wien, auf Facebook rechtsextreme und rassistische Inhalte verbreitet hat. Die Wiener Polizei leitet eine dienstrechtliche Überprüfung ein.

Einzelfall 91

Es wird öffentlich bekannt, dass Jürgen-Michael Kleppich, FPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt und Attaché an der österreichischen Botschaft in Israel, auf Facebook ein Bild seines Großvaters in NS-Uniform samt Hakenkreuz und ein Bild von sich selbst in einem T-Shirt der rechtsextremen „Identitären“ verbreitet hat. Nach massiven Protesten beruft das Außenministerium Kleppich nach Österreich zurück.

Einzelfall 92

FPÖ-Gemeindevorstand Andreas Zauner und FPÖ-Gemeinderat Daniel Boxrucker aus Suben werden angezeigt, weil sie mit WhatsApp Bilder von Adolf Hitler samt rechtsextremen Sprüchen verschickt haben. Bei den beiden FPÖ-Politikern wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Sie treten aus der FPÖ aus. Drei Wochen später legen sie auch ihre Funktionen in der Gemeinde zurück.

April 2018:

Einzelfall 93

Mehrere FPÖ-Politiker greifen die Wiener Ärztin und SPÖ-Politikerin Mireille Ngosso mit rassistischen Postings an. Grund: Ngosso stammt aus dem Kongo und wird im ersten Wiener Gemeindebezirk stellvertretende Bezirksvorsteherin. Beispielsweise stellt Wolfgang Reinold, FPÖ-Klubobmann in Wien-Meidling, auf Facebook Bilder von Affen unter einen Artikel zur SPÖ-Politikerin. Nach Medienberichten und einer Aufforderung von FPÖ-Landespartei sekretär Michael Stumpf löscht Reinold sein Hass-Posting.

Einzelfall 94

Arndt Praxmarer, Mitarbeiter im Kabinett von FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer, likt auf Facebook ein Gasthaus in Deutschland, dessen Wirt ein bekannter Neonazi ist und den Geburtstag von Adolf Hitler feiert. Auf Anfrage des „Standard“ behauptet Praxmarer, er könne sich nicht erinnern, wie es zum „Gefällt mir“ gekommen ist.

Einzelfall 95

Die FPÖ-nahe Website „unzensuriert.at“ berichtet darüber, das sich die Sängerin Conchita Wurst als HIV-positiv geoutet hat. Mit einem gegen HIV-Infizierte gerichteten Kommentar löst die Website eine Reihe von schwulenfeindlichen und rassistischen Hass-Postings aus. Die Betreiber von „unzensuriert.at“ löschen diese Hass-Postings auch nicht, als der „Standard“ auf die rechtliche Verpflichtung dazu hinweist.

Einzelfall 96

Kevin Guttmann, ein Mitarbeiter von Johann Tschürtz, dem freiheitlichen Landeshauptmann-Stellvertreter des Burgenlandes, veröffentlicht auf Instagram ein Kurzvideo. Es zeigt dunkelhäutige Läufer des Vienna City Marathons, versehen mit dem Kommentar „Habens heute Ausgang?“. Als diese rassistische Aussage heftige Kritik auslöst, ermahnt Tschürtz seinen Mitarbeiter.

Einzelfall 97

Der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus übernimmt eine antisemitische Verschwörungstheorie des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Gegenüber der „Presse“ erklärt Gudenus, es gebe „stichhaltige Gerüchte“, wonach der jüdische US-Milliardär George Soros daran beteiligt sei, „Migrantenströme nach Europa zu unterstützen“. Diese Aussage führt zu breiten Protesten.

Einzelfall 98

FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache verteidigt die antisemitische Verschwörungstheorie, wonach der jüdische US-Milliardär George Soros daran beteiligt sei, „Migrantenströme nach Europa zu unterstützen“. Es handle sich um „Fakten“, so Strache. Als SPÖ-Bundespartei-vorsitzender Christian Kern diese Behauptung scharf kritisiert, greift der FPÖ-Vizekanzler zu einem alten antisemitischen Vorwurf: Kern versuche, „den Brunnen zu vergiften“.

Einzelfall 99

Es wird öffentlich bekannt, dass Robert Kiesinger, Referent beim FPÖ-Bildungsinstitut, als Facebook-Ostergruß das Deckblatt eines NS-Kalenders aus dem Jahr 1943 verschickt hat. Das Deckblatt zeigt die Lebensrunne, ein verbotenes NS-Symbol. Kiesinger ist schon durch Hetzpropaganda gegen Muslime aufgefallen.

Mai 2018:

Einzelfall 100

FPÖ-Generalsekretär und EU-Abgeordneter Harald Vilimsky spricht auf Einladung des Front National bei einem Treffen mehrerer rechtsextremer Parteien in Nizza. Die FPÖ hat sich 2015 mit diesen Parteien zur EU-Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ zusammengeschlossen. Vilimsky ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Einzelfall 101

Es wird öffentlich bekannt, dass Markus Hüttenmeyer, Landesobmann der Freiheitlichen Jugend Salzburg und FPÖ-Ortsparteiobmann von Lofer, 2009 im Alter von 15 Jahren auf Facebook Folgendes geschrieben hat: „Für uns Nationalsozialisten darf das Bekenntnis zu einer Weltanschauung niemals zur Phrase werden ...“ Dieser Satz stammt vom NS-Autor Hansjörg Männel. Hüttenmeyer tritt von seinen politischen Funktionen zurück.

Einzelfall 102

Die FPÖ Oberösterreich kritisiert zwei große Kinoketten, weil diese sich weigern, einen Spot der Freiheitlichen Jugend über den Fachkräftemangel zu zeigen. Das „Hollywood Megaplex“ weist die Kritik zurück: Der Spot vermittele den Eindruck, ausländische Fachkräfte würden sich in Österreich als Autoeinbrecher betätigen.

Einzelfall 103

Es wird öffentlich bekannt, dass der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Detlef Wimmer und der Linzer FPÖ-Stadtrat Markus Hein mit Steuergeld Inserate in den Medien „Info-Direkt“ und „Wochenblick“ geschaltet haben. „Info-Direkt“ verbreitet rassistische, antisemitische und verschwörungstheoretische Inhalte. Es wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als „rechtsextrem mit neonazistischen Hintergründen“ eingestuft (siehe auch die Einzelfälle 71 und 81). Der Büroleiter von FPÖ-Stadtrat Hein, Ulrich Püschel, ist Miteigentümer von „Info-Direkt“. Püschel gehört wie Hein und Wimmer der rechtsextremen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“ an. Der „Wochenblick“ wurde vom Presserat unter anderem wegen seiner Hetze gegen Flüchtlinge verurteilt.

Einzelfall 104

FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz behauptet in der ORF-Sendung „Im Zentrum“, seine Partei sei zur Zeitschrift „Aula“ auf Distanz gegangen. Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ weist nach, dass die FPÖ mit der „Aula“ nach wie vor eng verbunden ist. Die Zeitschrift gehört mehreren Freiheitlichen Akademikerverbänden, in denen FPÖ-Politiker führend vertreten sind. Unter ihnen befinden sich die Nationalratsabgeordneten Axel Kassegger und Wendelin Mölzer. Die „Aula“ verbreitet rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte. Sie zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD (siehe Einzelfall 65).

Einzelfall 105

FPÖ-Gemeinderätin Kerstin Witzmann-Köhler aus Bad Vöslau würdigt ihren verstorbenen Schwiegervater Rudolf Witzmann ausdrücklich wegen dessen Funktion als NS-Bürgermeister in den Jahren 1940 bis 1942. Die Würdigung erfolgt durch Transparente am Hotel von Witzmann-Köhler im Zentrum der Kurstadt. Laut dem Historiker Dominik Zgierski war Rudolf Witzmann in der NSDAP-Ortsgruppe und -Kreisleitung „sehr aktiv“. Die Enteignung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung von Bad Vöslau muss er zumindest unterstützt haben.

Einzelfall 106

Der freiheitliche Dritte Präsident des Landtages der Steiermark, Gerhard Kurzmann, schreibt in der „Aula“ über die „sprachliche Illoyalität der deutschen Eliten“. Auch ein FPÖ-Inserat mit Vizekanzler und Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache erscheint in der Zeitschrift. In derselben Ausgabe wird Österreichs Teilnehmer beim Eurovision Song Contest, César Sampson, als „Quotenmohr“ rassistisch beschimpft. Als das öffentlich bekannt wird und heftige Kritik auslöst, will sich Strache bei Sampson entschuldigen. Der FPÖ-Spitze zufolge soll der Name „Aula“ verschwinden. Die Freiheitlichen Akademikerverbände sol-

len ihr Eigentum an der „Aula“ aufgeben. Doch der Freiheitliche Akademikerverband Steiermark weigert sich. Norbert Hofer, FPÖ-Verkehrsminister und stellvertretender Bundesparteiobmann, droht Kurzmann und anderen „Aula“-Autoren mit dem Verlust ihrer politischen Funktionen. Wenig später nimmt Heinz-Christian Strache diese Drohung zurück. Die „Aula“ verbreitet rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte. Sie zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD (siehe Einzelfall 65).

Schließlich wird die „Aula“ nach der Juni-Ausgabe eingestellt, soll aber durch ein Nachfolgemedium ersetzt werden.

Welche Schlüsse muss man aus diesen Fakten ziehen?

- » **Die Zahl der rechtsextremen Aktivitäten von FPÖ-Politikern hat stark zugenommen.** Für die rund viereinhalb Jahre vor der Nationalratswahl konnte das Mauthausen Komitee insgesamt 68 Einzelfälle einwandfrei dokumentieren. Für das gute halbe Jahr seither waren es 38. Von einer Mäßigung der FPÖ als Regierungspartei kann also keine Rede sein – im Gegenteil.
- » **Auch die neuen Einzelfälle kommen auf allen Ebenen der FPÖ vor.** Acht von 38 sind Mitgliedern der Parteispitze bzw. Mitgliedern der Bundesregierung zuzuordnen, vier weitere engen Mitarbeitern von FPÖ-Ministern.
- » **Der Antisemitismus in der FPÖ tritt wieder wesentlich offener zutage.** 14 neue Einzelfälle haben antisemitische Bezüge, darunter die Liederbuch-Affären, die Übernahme der gegen George Soros gerichteten Verschwörungstheorie durch Johann Gudenus und Heinz-Christian Strache sowie die Förderung von Medien mit antisemitischen Inhalten.

- » **Die FPÖ zeigt weiterhin eine starke Nähe zur NS-Ideologie.** 15 neue Einzelfälle haben nationalsozialistische oder neonazistische Bezüge.
- » **Die FPÖ hetzt weiterhin gegen Flüchtlinge und Minderheiten.** 19 neue Einzelfälle haben entsprechende Bezüge.
- » **Die FPÖ arbeitet weiterhin eng mit rechtsextremen Kräften im In- und Ausland zusammen.** So gehören viele und gerade führende FPÖ-Politiker rechtsextremen Burschenschaften an. Beste Kontakte bestehen auch zu den „Identitären“, gegen deren Führungsriege im Mai 2018 Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Verhetzung und anderer Straftaten erhoben wurde. Auf EU-Ebene hat sich die FPÖ mit Parteien wie dem Front National zur Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ zusammengeschlossen. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die Regierungspartei FPÖ die engen Verbindungen zu rechtsextremen Kräften im In- und Ausland beenden will.
- » **Konsequenzen haben demokratiefeindliche Umtriebe in der FPÖ nur, wenn sie öffentlich bekannt werden und die Parteispitze Nachteile befürchtet.** Dann kann es – wie das Beispiel der von der FPÖ jahrzehntelang unterstützten Zeitschrift „Aula“ zeigt – auch zu innerparteilichen Konflikten kommen. Sofern irgendwie möglich, wird aber geleugnet oder verharmlost.

- » **Wiederholte Beteuerungen der FPÖ-Spitze, sie dulde weder Neonazismus noch Antisemitismus, sind angesichts der ständigen Einzelfälle völlig unglaubwürdig.** Durchaus möglich ist, dass Vizekanzler Heinz-Christian Strache das hochbelastete Feindbild „Jude“ gern zur Gänze durch ein besser vermittelbares wie „Flüchtling“ oder „Muslim“ ersetzen würde. Doch einerseits ändert der Umbau von Feindbildern nichts an der zugrundeliegenden menschenfeindlichen Gesinnung. Und andererseits wird ebendieser Umbau durch die in der FPÖ und in den Burschenschaften tief verwurzelten antisemitischen sowie NS-nahen Denkmuster verhindert.

Die demokratischen Kräfte in Österreich und in Europa sollten der Wahrheit ins Auge sehen. Jener Wahrheit, die FPÖ-Generalsekretär und EU-Abgeordneter Harald Vilimsky im Jänner 2018 ausgesprochen hat:

„Wir bleiben auch in der Regierung dieselbe Partei, nicht willens, von unseren Positionen abzurücken.“

Die 68 Einzelfälle vor der Nationalratswahl

(aus der Dokumentation „Lauter Einzelfälle?“)

Februar 2013:

Einzelfall 1

FPÖ-Gemeinderat Fabian Wetter aus Franking verbreitet auf Facebook ein Foto der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Davidstern und der Beschimpfung „Vaterlandsverräterin“. Als das öffentlich bekannt wird, tritt er aus der FPÖ aus.

Einzelfall 2

FPÖ-Gemeindevorstand Michael Gruber aus Aurolzmünster hat 2002 den damaligen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes als „Judenschwein“ beschimpft und mit der Ermordung bedroht. Deshalb wurde Gruber wegen NS-Wiederbetätigung und gefährlicher Drohung zu einer bedingten Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt. Als das öffentlich bekannt wird, tritt er aus der FPÖ aus.

April 2013:

Einzelfall 3

Der Linzer FPÖ-Fraktionsobmann Sebastian Ortner muss zurücktreten, weil mehrere rechtsextreme Aktivitäten öffentlich bekannt werden: Unter anderem hat er früher beim „Wehrsport“ mit dem Neonazi Gottfried Küssel die Ermordung politischer GegnerInnen geübt.

Jänner 2014:

Einzelfall 4

Der wegen NS-Wiederbetätigung und gefährlicher Drohung vorbestrafte Michael Gruber aus Aurolzmünster, der ein Jahr zuvor aus der FPÖ ausgetreten ist, steht auf der Kandidatenliste der Freiheitlichen Arbeitnehmer für die AK-Wahl in Oberösterreich. Der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, Manfred Pühringer, spricht von einem „Irrtum“.

Einzelfall 5

Der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer in Oberösterreich, Manfred Pühringer, beschimpft auf Facebook einen SPÖ-Gemeinderat mit bosnisch-serbischen Wurzeln, der kurz zuvor einem Mordanschlag zum Opfer gefallen ist, als „Handgranaten-Tschusch“.

Februar 2014:

Einzelfall 6

Die FPÖ Kärnten lehnt im Landtag als einzige Partei die Errichtung einer Gedenkstätte für die NS-Opfer im ehemaligen Gestapo-Hauptquartier in Klagenfurt ab.

Einzelfall 7

Die vom freiheitlichen EU-Abgeordneten Andreas Mölzer herausgegebene und vom freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Wendelin Mölzer redigierte Wochenzeitung „Zur Zeit“ verhöhnt den von der SS ermordeten sozialdemokratischen Widerstandskämpfer Richard Bernaschek: Diesen habe in Mauthausen „der Quiqui ereilt“.

März 2014:

Einzelfall 8

Die „Süddeutsche Zeitung“ enthüllt, dass der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer bei einer Podiumsdiskussion die Europäische Union mit dem „Dritten Reich“ verglichen und als „Negerkonglomerat“ bezeichnet hat.

April 2014:

Einzelfall 9

Als öffentlich bekannt wird, dass der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer auch den österreichischen Fußball-Nationalspieler David Alaba mit rassistischen Aussagen angegriffen hat, muss er zurücktreten.

Juni 2014:

Einzelfall 10

Der FPÖ-Gemeinderat und -Ortsparteiobmann von Groß-Enzersdorf, Rudolf Fischer, verbreitet auf Facebook rassistische Propaganda. Er postet: „Menschen sind wie Bananen ... Keiner mag die Schwarzen!“

Einzelfall 11

Der Landespartei sekretär der FPÖ Niederösterreich und Nationalratsabgeordnete Christian Hafenecker tut Kritiker rassistischer Propaganda als „Moralapostel“ ab.

September 2014:

Einzelfall 12

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus warnt bei einem Treffen rechtskonservativer und rechtsextremer Politiker in Moskau vor

einer „Homosexuellenlobby“, die äußerst mächtig sei und über eigene Zeitungen und Fernsehsender verfüge. Diese Lobby wolle die Gleichberechtigung von Homosexuellen erreichen. „Es ist schwer vorstellbar, wohin das alles führen wird“, so Gudenus.

November 2014:

Einzelfall 13

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Christian Höbart beschimpft Flüchtlinge auf Facebook als „Erd- und Höhlenmenschen“.

Einzelfall 14

Die „Bezirksblätter Niederösterreich“ veröffentlichen ein Foto: Es zeigt den FPÖ-Bezirksobmann von Tulln, Andreas Bors, und zwei andere Männer beim Hitlergruß. Als Bors behauptet, es habe sich um „Fan-Gesänge für Rapid“ gehandelt, reagiert der Fußballklub empört: „Mit solchen Gesten werden keine Anfeuerungsgesänge begleitet.“

Einzelfall 15

FPÖ-Gemeinderat Kurt Lindlgruber aus Steyr hetzt im NS-Stil: Die Regierenden seien „Parasiten und Schmarotzer“, unterstützt von „linken Systemschreiberlingen“. Offen droht er politischen Gegnern mit Zwangsarbeit „auf dem Kartoffelacker“. FPÖ-Fraktionsobmann Helmut Zöttl distanziert sich, Konsequenzen für Lindlgruber werden aber nicht bekannt.

Jänner 2015:

Einzelfall 16

Der FPÖ-Ortsparteiobmann von Bad Aussee, Hans Wunner, muss zurücktreten, als öffentlich bekannt wird, dass er auch für die neonazistische „Europäische Aktion“ des Holocaust-Leugners Bernhard Schaub aktiv ist.

Einzelfall 17

Der Vorarlberger FPÖ-Landesparteiobmann Dieter Egger sorgt mit einer antisemitischen Aussage für Aufregung: Es müsse dem Direktor des Jüdischen Museums in Hohenems, Hanno Loewy, „klar sein, dass die Entscheidungen im Rathaus getroffen werden und nicht im jüdischen Viertel“.

Einzelfall 18

Die FPÖ Heidenreichstein hetzt im Gemeinderatswahlkampf gegen Asylwerber: Diese hätten „eine Prostituierte missbraucht“, sodass sie „ins Krankenhaus musste“. Laut dem Bezirkspolizeikommandanten ist die Behauptung „schlichtweg falsch“.

März 2015:

Einzelfall 19

FPÖ-Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz findet sich auf der Referentenliste eines konspirativen „Lesertreffens“ der rechtsextremen deutschen Zeitschrift „Zuerst!“. Zu den Referenten gehören auch der russische Rechtsextremist Alexander Dugin und der deutsche Geschichtsrevisionist Walter Post, der die Kriegsschuld Hitler-Deutschlands leugnet.

Einzelfall 20

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus bestreitet, seine Teilnahme an einem europäischen Neonazi-Treffen in St. Petersburg zugesagt zu haben. Erst als die APA sein entsprechendes Schreiben veröffentlicht, räumt er „Gedächtnislücken“ ein. Kurz nach seiner Zusage habe er aber wieder abgesagt.

April 2015:

Einzelfall 21

Der FPÖ-Stadtparteiobmann von Eisenstadt, Géza Molnár, beschimpft wegen eines Public Viewings zum Eurovision Song Contest die ÖVP: Diese habe eine „verkommene Seele“, weil sie „einen penetranten Tuntenaufmarsch zum Großereignis in der Haydnstadt“ mache.

Mai 2015:

Einzelfall 22

FPÖ-Gemeinderat Gerald Hraball aus Gloggnitz beschimpft Flüchtlinge auf Facebook als „Menschentmaterial“, das „für Europa komplett wertlos und problembehaftet“ sei. Der Landespartei sekretär der FPÖ Niederösterreich, Christian Hafenecker, will zunächst keinen „Nazi-Sager“ sehen. Kurz darauf tritt Hraball aber aus der FPÖ aus.

Juni 2015:

Einzelfall 23

Der freiheitliche Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Wien-Ottakring, Christian Hein, bedankt sich auf Facebook bei „Unsterblich“, einer gewalttätigen Neonazi-Bande, für die Unterstützung seiner Fußballmannschaft.

Einzelfall 24

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache nutzt die Amokfahrt eines psychisch Kranken in Graz für Hetzpropaganda: „Der Täter ist aus Bosnien. Ein religiös begründetes Attentat wird nicht ausgeschlossen.“ Dieser Versuch, aus dem Leiden von Menschen politisches Kapital zu schlagen, löst zahlreiche empörte Reaktionen aus.

Einzelfall 25

Der Ring Freiheitlicher Jugend Burgenland führt mit den rechtsextremen „Identitären“ eine gemeinsame Veranstaltung in Eisenstadt durch. Der Landesobmann der Freiheitlichen Jugend, Werner Wassicek, betont, er freue sich, „die ‚Identitären‘ in ein rot-blaues Burgenland“ einzuladen.

Juli 2015:

Einzelfall 26

Die Tiroler FPÖ-Landtagsabgeordnete Hildegard Schwaiger muss zurücktreten, als öffentlich bekannt wird, dass sie Administratorin der rassistischen Facebook-Gruppe „Asylflut stoppen – auch in Tirol“ ist.

August 2015:

Einzelfall 27

FPÖ-Gemeinderat Markus Ripfl aus Orth an der Donau beschimpft auf Facebook SPÖ, ÖVP und Grüne als „Volksverräter-Trio“. Der Begriff „Volksverräter“ wurde in der NS-Zeit für Regimegegner verwendet. Ripfl ist bereits durch die Verwendung von rechtsextremen Symbolen wie dem Kühnengruß und dem Keltenkreuz aufgefallen.

Einzelfall 28

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl kritisiert die Europäische Menschenrechtskonvention: Sie schaffe ein „Einfallstor für illegale Masseneinwanderung“ und müsse deshalb geändert oder ersetzt werden. Justizminister Wolfgang Brandstetter erwidert, wer die Europäische Menschenrechtskonvention in Frage stelle, bewege sich außerhalb des Verfassungsbogens und sei ein „Totengräber des Abendlandes“.

September 2015:

Einzelfall 29

Der FPÖ-Ortsparteiobmann von Lambach, Johann Gibitz, erklärt, dass er die Produkte eines oberösterreichischen Lebensmittelherstellers boykottieren werde, weil die Frau des Geschäftsführers Flüchtlingen kostenlos Deutschunterricht gibt.

Einzelfall 30

FPÖ-Gemeinderatskandidat Ralph Schäfer aus Wels wird als Gründer einer „Bürgerwehr“ öffentlich bekannt. Mit dieser selbsternannten „Bürgerwehr“ will er „Einbrecherbanden aus dem Ausland“ bekämpfen. Öffentlich bekannt wird auch, dass Schäfer Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß als „Märtyrer“ verherrlicht hat und deshalb wegen NS-Wiederbetätigung vor Gericht gestanden ist. Der Prozess wurde durch Diversion beendet.

Einzelfall 31

Auf der FPÖ-nahen Website „unzensuriert.at“ beschimpft ein anonymer Neonazi die Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Danielle Spera, und den Historiker Oliver Rathkolb mit dem NS-Begriff „Volksschädlinge“. Dieses Posting wird von den Betreibern der Website auch nicht gelöscht, nachdem der „Kurier“ darüber berichtet hat.

Oktober 2015:

Einzelfall 32

Die FPÖ-Fraktionsobfrau von Stockerau, Sabina Kracher, schreibt auf Facebook über Flüchtlinge: „Zu viele Parasiten töten nämlich den Wirt!“ Obwohl FPÖ-Stadtparteiobmann Wolfgang Mayer diesen Vergleich „in Ordnung“ findet, tritt Kracher nach einigen Tagen zurück.

Einzelfall 33

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Susanne Winter gefällt auf Facebook ein antisemitisches Posting gegen „reiche zionistische Juden“. Als die öffentliche Kritik

darin immer stärker wird, schließt die FPÖ Winter aus. Sie bleibt trotzdem im Nationalrat.

November 2015:

Einzelfall 34

FPÖ-Ersatzgemeinderat Michael Grünwald aus Feldkirchen an der Donau schreibt auf Facebook: „Fette türkenhochzeit in au an der donau! Wer bringt a autobomber!“ FPÖ-Ersatzgemeinderat Martin Hartl gefällt dieses Posting. Nach öffentlicher Kritik durch den SPÖ-Bürgermeister treten Grünwald und Hartl zurück.

Einzelfall 35

Der FPÖ-Ortsparteioibmann von Taxenbach, Bernd Buchner, beschimpft auf Facebook den Rechtsstaat, weil dieser einen psychisch kranken Amokfahrer am Selbstmord hindert: „Gebt ihm doch das benötigte Seil ...“ Als das öffentlich bekannt wird, verteidigt der Salzburger FPÖ-Landesparteioibmann Andreas Schöppl seinen Parteifreund, der „unglücklich formuliert“ habe.

Einzelfall 36

Der Grazer FPÖ-Stadtparteioibmann Mario Eustacchio nimmt an einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Spielfeld teil. Unter den DemonstrantInnen sind auch amtsbekannte Neonazis.

Jänner 2016:

Einzelfall 37

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Gerhard Deimek verbreitet im Internet rassistische Hetzpropaganda, die muslimische Zuwanderer als „dauergeile Barbaren“ beschimpft, mit einem zustimmenden Kommentar weiter.

Einzelfall 38

Der freiheitliche Dritte Präsident des Landtages der Steiermark, Gerhard Kurzmann, nimmt an einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Graz teil. Unmittelbar nach der Demonstration greifen „Identitäre“ GegendemonstrantInnen an.

Einzelfall 39

Die Linzer FPÖ-Gemeinderätin Susanne Walcher unterstellt auf Facebook jungen Muslimen den Hang zu Kindesmissbrauch, ihr Fraktionskollege Markus Krazl zu Sex mit Tieren. SPÖ, ÖVP und Grüne verurteilen die Hetzpropaganda. Krazl tritt nach einigen Tagen „aus beruflichen und familiären Gründen“ zurück. Walcher bleibt im Gemeinderat.

Februar 2016:

Einzelfall 40

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Wolfgang Zanger spricht auf einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Judenburg.

Einzelfall 41

Der FPÖ-Kassier von Zams, Patrick Oberprantacher, versieht auf Facebook ein Bild seines Bundesparteiobermannes Heinz-Christian Strache mit einem Zitat von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels: „Nun, Volk, steh auf, und Sturm, brich los!“

April 2016:

Einzelfall 42

FPÖ-Gemeinderat Markus Ripfl aus Orth an der Donau, zugleich Obmann der Freiheitlichen Studenten an der Universität Wien und Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Olympia“, zeichnet für die Einladung ungarischer Neonazis mitverantwortlich. Die Veranstaltung der „Olympia“ trägt den Titel „Revolution in Ungarn – Vorbild für Österreich?“.

Einzelfall 43

Der Wiener FPÖ-Stadtrat Anton Mahdalik setzt die Anhänger seiner Partei mit den Verfolgten und Opfern des NS-Regimes gleich.

Juni 2016:

Einzelfall 44

Die FPÖ Wien lehnt die Benennung einer Schule nach dem NS-Opfer Friedrich Zawrel ab. Zawrel hat als Kind in der Euthanasieanstalt „Am Spiegelgrund“ die Tötungsmaschinerie der Nationalsozialisten überlebt. FPÖ-Gemeinderat Dietrich Kops und FPÖ-Bezirksrat Werner Grebner beschimpfen den Verstorbenen als „Verbrecher“.

Einzelfall 45

Die FPÖ lädt unter dem Motto „Patriotischer Frühling“ Vertreter mehrerer rechtsextremer Parteien aus anderen EU-Ländern – darunter Marine Le Pen vom französischen Front National – in den freiheitlichen Parlamentsklub ein. Anlass ist das einjährige Bestehen der EU-Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“, zu der sich die FPÖ mit diesen Parteien zusammengeschlossen hat.

August 2016:

Einzelfall 46

FPÖ-Gemeinderat Wolfgang Zistler aus Schwechat schreibt auf Facebook, es sei ihm „eine Ehre, auch Nazi genannt zu werden“. Er bezieht sich damit auf einen Vorwurf an FPÖ-Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer. Außerdem verlangt Zistler, eine Richterin, die gegen Hofer entschieden hat, solle „sofort ihres Amtes enthoben werden“.

September 2016:

Einzelfall 47

Der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek hetzt auf Facebook gegen Flüchtlinge. Unter anderem behauptet er, die Kriminalität im Land explodiere. Die Polizei widerspricht ihm: Die Zahl der Straftaten sei rückläufig. Podgorschek will diese Tatsache nicht akzeptieren und sieht „Bürgerkriege vorprogrammiert“.

Oktober 2016:

Einzelfall 48

FPÖ-Gemeinderat Andreas Lehner aus Kremsmünster beschimpft auf einem Volksfest den Besitzer eines Kebabstandes rassistisch und zertrümmert eine Scheibe des Standes. Dann verletzt er einen einschreitenden Polizisten. Als das öffentlich bekannt wird, tritt Lehner zurück und stellt seine FPÖ-Mitgliedschaft ruhend. Später wird er zu einer bedingten Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Einzelfall 49

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl spricht auf dem rechtsextremen Kongress „Verteidiger Europas“ in Linz, gegen den es breite internationale Proteste gibt. Organisiert hat den Kongress die rechtsextreme Burschenschaft „Arminia Czernowitz“, deren bekanntestes Mitglied der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister und -Stadtparteiobmann Detlef Wimmer ist.

November 2016:

Einzelfall 50

Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich, Manfred Haimbuchner, ehrt in einer Festrede den NSDAP-Politiker und SS-Brigadeführer Anton Reinthaller. Dieser wurde 1950 wegen Hochverrats zu drei Jahren Kerker verurteilt und 1956 erster Bundesparteiohmann der FPÖ.

Dezember 2016:

Einzelfall 51

Eine FPÖ-Delegation reist nach Moskau und schließt mit der Partei des russischen Präsidenten Wladimir Putin ein „Arbeitsübereinkommen“. Der Delegation gehören u. a. FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache, der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer, der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus und Stefan Magnet an. Magnet war früher Aktivist des rechtsextremen „Bundes Freier Jugend“.

Jänner 2017:

Einzelfall 52

FPÖ-Gemeinderat Andreas Freis aus Aschach an der Steyr beschimpft auf Facebook den neuen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und dessen Frau in äußerst aggressiver Weise. Über die Grünen schreibt Freis, er hätte die „Idioten am liebsten erwürgt“. Einer Journalistin wünscht er eine Vergewaltigung. Als das öffentlich bekannt wird, tritt Freis zurück und stellt seine FPÖ-Mitgliedschaft ruhend.

März 2017:

Einzelfall 53

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Roman Haider erzwingt den Abbruch eines Vortrags des Extremismus-Experten Thomas Rammerstorfer an einem Linzer Realgymnasium, das auch Haiders Sohn besucht. Rammerstorfer hat im Zusammenhang mit rechtsextremen Burschenschaften die FPÖ erwähnt. Der Direktor der Schule berichtet von massiven

Drohungen des freiheitlichen Politikers. Später stellt der Landesschulrat fest, der Abbruch sei nicht zulässig gewesen.

Einzelfall 54

Die FPÖ Oberösterreich richtet auf ihrer Website eine „Meldestelle“ ein: Sie fordert SchülerInnen auf, dort Lehrkräfte namhaft zu machen, die sich kritisch über die FPÖ äußern.

April 2017:

Einzelfall 55

Franz Schardinger, Mitglied der FPÖ-Bezirksparteileitung Imst, gratuliert Adolf Hitler auf Facebook zum Geburtstag: „Happy Birthday, Adolf!“ Als der grüne Nationalratsabgeordnete Harald Walser darüber die Öffentlichkeit informiert, schließt die FPÖ Schardinger aus. Wie in der Partei gedacht wird, bekundet Anneliese K. auf Facebook: „Franz wir akzeptieren und lieben dich FPÖ Imst ...“ Franz Schardinger ist bereits durch gepostete Folter- und Mordphantasien aufgefallen.

Einzelfall 56

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Markus Hein meldet für Ende September eine Neuauflage des rechtsextremen Kongresses „Verteidiger Europas“ in den Linzer Redoutensälen an. Hein ist wie sein Stadtparteiobmann Detlef Wimmer Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“. Später wird der Kongress – wohl wegen der Nationalratswahl im Oktober – auf einen Zeitpunkt im März 2018 verschoben.

Mai 2017:

Einzelfall 57

Die FPÖ Niederösterreich wirft der ÖVP in einer Aussendung „Blutschande“ vor. Der Begriff „Blutschande“ wurde in der NS-Zeit auch mit derselben Bedeutung wie „Rassenschande“ verwendet. Die SPÖ zieht unter Protest aus dem Landtag aus, die Grünen protestieren ebenfalls.

Juni 2017:

Einzelfall 58

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache fordert eine Einschränkung der Menschenrechte, damit Terror wirksam bekämpft werden kann. Strache bezieht sich dabei auf eine Aussage der konservativen britischen Premierministerin Theresa May.

Juli 2017:

Einzelfall 59

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Nationalratsabgeordneter Johannes Hübner beim Jahreskongress 2016 der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ eine Rede gehalten hat. Darin hat Hübner, der auch außenpolitischer Sprecher seiner Partei ist, über den Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung gesagt: „Hans Kelsen – eigentlich Hans Kohn, aber hat sich Kelsen genannt.“ Diese antisemitische Anspielung geht auf den führenden NS-Juristen Carl Schmitt zurück. Nach massiven Protesten verzichtet Hübner auf eine neuerliche Kandidatur.

August 2017:

Einzelfall 60

Bundesweit berichten Medien, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Manfred Sedovnik aus St. Andrä am Zicksee 2016 wegen NS-Wiederbetätigung zu einer Geldstrafe von 4.500 Euro verurteilt wurde. Er hatte auf Facebook gefordert, das Konzentrationslager Mauthausen wieder zu öffnen, und den damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer dorthin gewünscht. Auch durch gepostete Mordfantasien ist Sedovnik aufgefallen.

Einzelfall 61

Der Ring Freiheitlicher Jugend Kärnten protestiert gegen den neu gewählten „Mister Kärnten“, und zwar ausdrücklich wegen dessen Herkunft und Aussehens. Hintergrund des rassistischen Angriffs: Parsa Djawadiraad ist österreichischer Staatsbürger und völlig integriert, stammt aber aus dem Iran.

Einzelfall 62

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Walter Wolfgang aus Bruckneudorf auch in der neonazistischen Splittergruppe „Partei des Volkes“ aktiv war. Auf Facebook hat er zur „Vereinigung“ Österreichs mit Deutschland aufgerufen und das Bild eines SS-Soldaten samt dem Spruch „Unsere Großväter waren keine Verbrecher!“ verbreitet. Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter des Burgenlandes, Johann Tschürtz, meint zu diesen Umtrieben eines FPÖ-Politikers: „Solange er keine strafrechtliche Verurteilung hat, interessiert mich das nicht.“

September 2017:

Einzelfall 63

Die FPÖ Vomp veröffentlicht auf Facebook eine Liste von Volksschulkindern mit ausländisch klingenden Namen. Nach empörten Reaktionen erklärt der Tiroler FPÖ-Landesparteiohmann Markus Abwerzger, das Posting sei gelöscht worden. Als „Skandal“ bezeichnet Abwerzger aber den hohen Migrationsanteil in manchen Schulklassen und nicht, dass seine Partei Kinder an den Pranger stellt.

Einzelfall 64

FPÖ-Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache verbreitet auf Facebook ein Video, das unverpixelt zahlreiche Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund vor einer Volksschule zeigt. Dazu schreibt Strache: „Bezeichnend!“ Auf diese Weise macht er auch gegen Kinder wegen deren Herkunft Stimmung.

Einzelfall 65

Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ kritisiert, dass die FPÖ die ihr nahestehende Zeitschrift „Aula“ laufend mit großen Inseraten unterstützt. Unter anderem wurden Inserate mit Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache und dem öö. Landesparteiohmann Manfred Haimbuchner geschaltet. Dabei enthält die „Aula“ immer wieder rechts-extreme, rassistische und antisemitische Artikel. Beispielsweise hat die FPÖ-nahe Zeitschrift Überlebende des Konzentrationslagers Mauthausen als „Landplage“ und „Massenmörder“ beschimpft, was sie im April 2017 nach einem Gerichtsurteil

widerrufen musste. Die „Aula“ zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD. Der NPD-Politiker Karl Richter durfte sogar für die „Aula“ schreiben und in seinem Artikel unterstellen, es ginge Juden um die „Erschleichung von Herrschaft“.

Einzelfall 66

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Friedrich Ugrinovits aus Draßburg seit Jahrzehnten rechtsextreme und antisemitische Aktivitäten setzt. Unter anderem hat er Wissenschaftler, die das Jüdische Museum Eisenstadt besuchen wollten, als „Saujuden“ beschimpft. Zweimal wurde er wegen Verhetzung verurteilt, zuletzt 2013 zu einer bedingten Haftstrafe von zehn Monaten. In der FPÖ will niemand von den langjährigen Umtrieben des Gemeinderatskandidaten gewusst haben – auch nicht der Ortsparteiohmann von Draßburg, René Tschögl.

Einzelfall 67

Der freiheitliche Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer behauptet, die Europäische Menschenrechtskonvention erlaube die Umsetzung der Todesstrafe. Deshalb müsse sie evaluiert und gegebenenfalls durch eine „Österreichische Menschenrechtskonvention“ ersetzt werden. Dieser Versuch, die Europäische Menschenrechtskonvention in Misskre-

dit zu bringen, scheitert aber rasch: Alle befragten ExpertInnen für Völkerrecht weisen darauf hin, dass die Konvention in ihren Zusatzprotokollen sehr wohl die Todesstrafe verbietet.

Einzelfall 68

Martin Hochstöger, Mitglied des Tiroler FPÖ-Landespartei Vorstandes, hat in einem Raum hinter seiner Apotheke eine Tafel angebracht, die an die „Heimkehr der Ostmark ins Reich“ erinnert. Außerdem hat er in einer Vitrine einen SS-Totenkopf und andere NS-Devotionalien zur Schau gestellt. Als das öffentlich bekannt wird, legt Hochstöger seine Funktion im Landespartei Vorstand nieder. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt. Hochstöger wird aus der FPÖ ausgeschlossen.

Lauter
Einzelfälle?

Danksagung

Das Mauthausen Komitee Österreich dankt zahlreichen Persönlichkeiten und Institutionen für ihre intensive Unterstützung bei den Recherchen zu dieser Informationsbroschüre, besonders dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes sowie dem OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Redaktionsschluss: 10.Juni 2018

IMPRESSUM:

Medieninhaber: Mauthausen Komitee Österreich, 1020 Wien

Homepage: www.mkoe.at

E-Mail: info@mkoe.at

ZVR: 545896703

Für weiterführende Informationen gemäß § 5 ECG siehe AGB.

Hersteller: ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

**Unterstützt bitte die Arbeit des
Mauthausen Komitees Österreich
für ein „Niemals wieder“!**

Spenden bitte an:

BAWAG

Konto Mauthausen Komitee Österreich

IBAN: AT62 1400 0100 1067 4528

BIC: BAWAATWW

Vor der Nationalratswahl im Oktober 2017 hat das Mauthausen Komitee Österreich für einen Zeitraum von rund viereinhalb Jahren insgesamt 68 rechtsextreme Aktivitäten von FPÖ-Politikern dargestellt. Die Dokumentation „Lauter Einzelfälle?“ fand ein enormes Medienecho und führte zu einer breiten Debatte. Die Bezeichnung „Einzelfälle“ für die dauernden demokratiefeindlichen Umtriebe der FPÖ ist seither allgemein gebräuchlich.

Jetzt ist das Mauthausen Komitee den Einzelfällen seit der Nationalratswahl nachgegangen. Immerhin wurde die FPÖ im Dezember 2017 Regierungspartei. Nimmt sie ihre diesbezügliche Verantwortung wahr? Hat sie sich gemäßigt? Ist die Zahl der rechtsextremen Aktivitäten in ihren Reihen gesunken? Hat sich zumindest die Parteit Spitze vom Rechtsextremismus befreit? Und bekämpft sie wirklich den Antisemitismus?

Die neuen Einzelfälle geben auf diese Fragen eine klare Antwort.